ORA ET LABORA

Bete und Arbeite!

St. Peters Bote.

Ein Familienblatt zur Erbauung und Belehrung.

U.I.O.G.D.

Auf daß in Allem Gott verherrlicht werde!

No. 15
26. Jahrgang

Münster, Sask., Donnerstag, den 23. Mai 1929

Fortlaufende No. 1316

Welt-Rundschau

Feststellung der Kriegsreparationen

Der Vorsitzende der Konferenz in Paris, der Amerikaner Owen D. Young, einigte sich mit den deutschen Vertretern über einen Kompromißvorschlag hinsichtlich der Zahlungen an die alliierten Völker und der Anzahl von Jahren, innerhalb welcher diese Zahlungen zu leisten seien. Diesen Kompromißvorschlag unterbreitete Young den Mächten, welche dazu ihre Zustimmung gaben, mit Ausnahme von Frankreich und Belgien, die sich dagegen sträuben. Der Kompromiß scheint ungefähr auf der Mitte zwischen den bisherigen Forderungen der Alliierten und dem unlängst von Deutschland gemachten Angebot zu stehen. Worin d. Kompromiß genau besteht und welche Bedingungen Deutschland an das neue Angebot geknüpft hat, ist aus den spärlichen Nachrichten, die darüber in die Oeffentlichkeit gedrungen sind, nicht recht klar.

Was aber immer der Kompromiß enthalten mag, das eine ist bestimmt, daß im Falle des Zustandekommens die alliierten Nationen von ihren ursprünglichen Forderungen bedeutende Abstriche werden machen müssen. Wie es nun scheint, wollen sich Frankreich und Belgien keine Abstriche von ihren Forderungen gefallen lassen, sondern wollen diese Abstriche auf die anderen Nationen, vor allem auf England, abschieben. Sie wollen auch, daß die Bestimmungen über die Verteilung der Reparationsgelder in den Kompromißbeschluß selbst aufgenommen werden und einen essentiellen Teil desselben bilden sollen. Damit aber stimmen die übrigen Nationen nicht überein. Ganz besonders ist Deutschland gegen die Einverleibung der Verteilungsmethode, da es später nicht in etwaige Zwistigkeiten über diesen Punkt hineingezogen werden will.

Es ist wirklich amüsant zu lesen, was über die künftige Verteilung der Beute in der Wochenausgabe des „Manchester Guardian" vom 10. Mai geschrieben steht. Hier einiges davon:

„Eine weitere Reparationskrisis hat sich aus einem fast klaren Himmel entwickelt. Mr. Owen Young's Vorschlag, daß der Unterschied zwischen dem deutschen Angebote und den Forderungen der Gläubigermächte, wenn nicht gänzlich, so doch der Hauptsache nach auf Kosten Großbritanniens ausgeglichen werden solle, hat unter den britischen Vertretern eine schmerzliche Ueberraschung geschaffen. Sie könnten einen solchen Vorschlag nicht annehmen, obwohl sie sich scheinbar geringeren Aenderungen im Prozentsatz von Spa nicht widersetzen, welcher bisher das Verhältnis der Verteilung der Reparationsgelder regelte. Sie (die britischen Vertreter) scheinen in Wirklichkeit sich der Gefahr auszusetzen, in ihrer Nachgiebigkeit weiter zu gehen, als die britische Regierung und das britische Publikum gutheißen könnten. Es scheint auch die Gefahr zu bestehen, daß Dr. Schacht, aus Furcht, er möchte die Ursache eines Fiaskos sein, seine Bedingungen zurückziehen würde, die er zuerst machte und die wirklich notwendig sind, wenn Deutschland die ganze Verantwortlichkeit sowohl für die Aufbringung als auch für die Uebertragung der Reparationszahlungen auf sich nehmen soll."

Weiter heißt es in demselben Blatte:

„Große Ueberraschung und Unwille wurde durch die neuen Reparationsvorschläge erregt, die Mr. Owen Young, der amerikanische Delegat, gemacht hat, deren Folge darin bestünde, daß irgendeine Verringerung in den deutschen Zahlungen seit gänzlich von Großbritannien getragen würde. Sir Josiah Stamp, einer der britischen Delegaten, besuchte sofort Mr. Young und sagte ihm, daß eine solche Beschneidung nicht angenommen werden könne . . . .

„Wir würden nicht einmal so viel erhalten, als wir Amerika zahlen müssen. Mr. Young macht sogar den Vorschlag, daß die Proportion so revidiert werden solle, daß Frankreich und — wie man versteht — auch Belgien und Italien so viel erhalten werden, als sie erhalten hätten, wenn der ursprüngliche Vorschlag der Gläubigermächte von Deutschland angenommen worden wäre, so daß Großbritannien die ganze Bürde der Verringerung der deutschen Jahreszahlungen würde zu tragen haben. Der gegenwärtige Anteil Großbritanniens und der Dominien ist 22 Prozent, und dieser Prozentsatz soll herabgesetzt werden, und jener der übrigen Gläubigermächte, oder wenigstens jener von Frankreich, der jetzt 52 Prozent ist, soll vergrößert werden. . .

„Wie am Montag (dem 6. Mai) festgestellt wurde, bestehen die französischen Vertreter darauf, daß, was immer für Vereinbarungen getroffen würden, der von Frankreich zu erhaltende Betrag nicht vermindert werden darf. Ohne Zweifel hat Mr. Young seinen letzten Vorschlag deshalb gemacht, weil er dachte, daß dies das einzige Mittel sei, um die französische Zustimmung zu seinem Plane zu erlangen. Aber für den britischen Steuerzahler mag es schwer sein, zu verstehen, warum die Franzosen die Dinge notwendigerweise nach ihrem Wunsche haben sollen

„Die britischen Sachverständigen sind natürlich überrascht und erbost über diesen Vorschlag. Sir Josiah Stamp ist, wie wir verstehen, der Ansicht, daß eine Revision des Prozentsatzes gar nicht in das Arbeitsfeld des Komitees gehört . . . Die Deutschen scheinen derselben Ansicht zu sein, aber selbstverständlich betrifft sie diese Sache überhaupt nicht. Die britische Seite scheint zu fühlen, daß eine Diskussion dieser Frage bei einer allgemeinen Sitzung des Komitees nutzlos sei, weil die Franzosen wieder einmal behaupten würden, daß England sich aus dem Kriege bereichert habe, während Frankreich sich in trostloser Armut befinde. . .

„Wie man vernimmt, schlagen die britischen Vertreter zwei Reporte vor. Der erste soll den Young-Plan über die deutschen Zahlungen enthalten, und dieser soll von Deutschland und den Gläubigermächten unterzeichnet werden. Dann würde Deutschland ausscheiden und die Gläubigermächte würden die Frage des Prozentsatzes unter sich selbst verhandeln und sich auf einen zweiten Report über diese Frage verständigen. Der Vorschlag ist praktisch, aber es ist sehr zweifelhaft, ob die Franzosen ihn annehmen würden. Bevor sie den Young Plan für die Zahlungen annehmen, werden sie wahrscheinlich wissen wollen, wie das Geld verteilt werden wird. Mit einem Wort, das Schicksal des Young-Planes hängt in der Schwebe, und es ist noch ungewiß, ob man zu einem einstimmigen Einverständnis wird gelangen können."

Die Versuchung, einen Kommentar über die Lage im allgemeinen und über die Worte des „Manchester Guardian" und seiner Korrespondenten im besonderen zu schreiben, ist außerordentlich groß. Doch überlassen wir es dem Leser, das Zitat noch einmal genau durchzulesen. Dann kann er sich den Kommentar selbst dazu machen.

Provinzialwahl am 6. Juni

Schon seit Wochen und Monaten hat man wohl auf liberaler als auf konservativer Seite mit vieler Anstrengung gearbeitet, um für die Provinzialwahlen, die man auf beiden Seiten in diesem Jahre erwartete, bereit zu sein. So waren bis zum 11. Mai bereits 115 Kandidaten aufgestellt, die sich im diesjährigen Wahlkampfe um das Amt eines Legislaturmitgliedes für das Parlament zu Regina bewerben werden. In neun Wahlkreisen stehen sogar drei Kandidaten im Felde.

Am 11. Mai hat nun der Hon. J. G. Gardiner, Premier der Provinz Saskatchewan, das sechste Parlament der Provinz aufgelöst und Donnerstag, den 6. Juni, als Tag der Neuwahl bestimmt, während Donnerstag, der 30. Mai, als Nominationstag festgesetzt wurde.

Saskatchewan wurde i. Jahre 1905 zur Provinz erhoben, — es kann daher nächstes Jahr sein silbernes Jubiläum als Provinz feiern — und während dieser ganzen Zeit hat es eine liberale Regierung gehabt, unter deren Leitung das Land einen ungeheuren Aufschwung genommen hat. Unsere Gesetzgebung ist, ohne zu übertreiben, eine der fortschrittlichsten und gerechtesten in der Welt. Unsere Premiere, die Herrn Scott, Martin, Dunning und Gardiner haben sich als Männer gezeigt, auf die jeder Bewohner Saskatchewan's stolz sein darf und die überall die höchste Achtung auf sich zogen.

Das Parlament besteht aus 63 Mitgliedern. Davon waren im jüngsten Parlamente 54 Liberale, 5 Progressive und 4 Konservative. Die Konservativen bildeten die sogenannte Opposition, die von Herrn J. T. M. Anderson, Saskatoon, geleitet wurde, einem Manne, der unseren Lesern wohl zur Genüge bekannt ist, so daß wir nicht weiter auf die Beschreibung seiner Persönlichkeit einzugehen brauchen.

Im Wahlkreise Humboldt wurde am 10. Mai Herr Henry Therres wieder als Kandidat aufgestellt. Während er bei der letzten Wahl als unabhängiger Liberaler den Sieg errang, trat er dieses Jahr als gerader Liberaler auf. Bei der letzten Wahl war Herr Arnold Löhr von Münster sein Gegenkandidat. Herr Löhr bewarb sich auch dieses Jahr um die Nomination, doch erhielt Herr Therres auf der Konvention die Mehrheit der Stimmen. Sobald Herr Löhr sah, daß die Mehrheit der Stimmen auf Seite des Herrn Therres war, machte er unter großem Applaus den Vorschlag, daß die Nomination des Herrn Therres als einstimmig erklärt werden möchte, was denn auch geschah. Am Abende desselben Tages hielt der Hon. George Spence, Minister für Oeffentliche Landtraßen, eine Rede, in der er die Leistungen der liberalen Regierung Saskatchewan's aufzählte und das Nähere erklärte. Auch die Herren Therres, John A. Brinkmeier und Oskar Lindbloom hielten Ansprachen.

Im Wahlkreise von Humboldt befinden sich jedoch nicht nur Liberale, sondern auch Gegner der Liberalen. Am 15. Mai wurde in Watson eine Konvention abgehalten, auf der Mr. J. H. Riesen als Kandidat aufgestellt wurde. Derselbe wird, wie der „Watson Witness" unterm 17. Mai ausdrücklich hervorhebt, als Mitglied der Opposition gegen die Gardiner-Regierung auftreten, falls er am 6. Juni erwählt werden sollte.

Unsere Leser sind durch jahrelange Erfahrung in der Politik bewandert genug, um zu wissen, welcher von den beiden Kandidaten ihre Stimme verdient. Auf jeden Fall sollen alle Bürger — Männer sowie Frauen — Gebrauch von ihrem Stimmrechte machen. Der Zeitpunkt für die Wahl ist günstig gewählt, da bis dahin die Aussaat faktisch beendet sein wird.

Das Reparationsproblem im Lichte des heutigen Standes der Kriegsschuldfrage

Der Protest der Moral gegen den Versuch der wirtschaftlichen Versklavung des deutschen Volkes durch die Pariser Reparationskonferenzen

Von Universitäts-Professor Dr. Gustav Turba (Wien)

(„Schönere Zukunft".)

(Fortsetzung)

Wohl am stärksten ist der französische Kriegsgefolgschaftswille auch für einen nur aus serbischem Anlaß beginnenden europäischen Krieg ausgesprochen in einem Bericht des russischen Botschafters Iswolsky aus Paris vom Januar 1913. Das ist in demselben Monat, wo Poincare, nicht ohne Hilfe Iswolsky's, Staatspräsident von Frankreich geworden ist. Denn Iswolsky konnte damals berichten, „daß die französische Regierung fest entschlossen ist, mit uns ihre Alliiertenpflichten in ihrem ganzen Umfang zu erfüllen. Sie gibt zu, mit ganzem Herzen und mit dem nötigen kalten Blut, daß das Endresultat der gegenwärtigen Komplikationen für diese Regierung sein könnte die Notwendigkeit der Teilnahme Frankreichs an einem allgemeinen Krieg". Weil Poincare, wie auch der französische General Percin anerkennt, von dem Ehrgeiz beseelt war, seinem Vaterlande Elsaß-Lothringen zurückzubringen, hielt diese Entschlossenheit Poincares so sehr an, daß die amerikanischen Professoren Fay und Barnes auf Grund der Akten bekennen müssen, Poincare habe versöhnend wirkende Uebereinkommen mit jeder der beiden Zentralmächte zu vereiteln verstanden.

Weil diese Entschlossenheit Poincare's ununterbrochen anhielt, hatte Jaures recht, wenn er neun Tage nach dem Sarajewoer Mord, nämlich am 7. Juli 1914, die Verweigerung der Reisekredite für Poincare's Staatsbesuch in Petersburg damit begründete, daß dieser Staatsbesuch „im gegenwärtigen Augenblick besonders gefährlich" ist, und „weil es unzulässig ist, Frankreich durch Abmachungen, von denen es weder den Wortlaut noch den Sinn, weder die Grenze noch die Tragweite kennt, in Abenteuer zu stürzen, welche in dem Dunkel der orientalischen Probleme ihren Ursprung haben". In der Tat wurde die bisherige Entschlossenheit Poincare's und Rußlands auch während seines Petersburger Besuches (vom 20. bis 22. Juli 1914) hinsichtlich auf die volle Gültigkeit der bestehenden militärischen Bindungen gegenüber dem britischen Botschafter deutlichst betont, und England nur die hiebei zu eigener Stellungnahme gegenüber dieser Einheitsfront aufgefordert. Darum können die schon genannten unionsamerikanischen Forscher sagen: Poincare hat lange vor 1914 nur einen Gedanken in seinem Kopfe gehabt, nämlich den Krieg mit Deutschland . . Er nimmt den ersten Platz unter den Männern ein, die einen entscheidenden Einfluß auf die Welt ausgeübt haben. Auf ihn fällt auch die Hauptverantwortung für die Entschlossenheit der französischen Politik von Juni bis August 1914."

Serbien stand schon seit November 1912 unter dem unbedingten französisch russischen Schutz, wenn es von Oesterreich-Ungarn, gleichgültig aus welchem Anlaß immer, auch nur „angerührt" würde. Dieses Wort wurde von Sasonow, dem russischen Außenminister, in Konstanza während der Zusammenkunft des Zaren mit dem rumänischen König etwa Mitte Juni 1914 gebraucht, das heißt keine zwei Wochen vor dem Morde von Sarajewo, der damals schon, wie heute dokumentarisch erwiesen ist, unter der Mitwisserschaft von serbischen Offizieren und Regierungsorganen und unter Ermunterung des russischen Militärattaches vorbereitet wurde. In Konstanza fragte nämlich Sasonow den erstaunten rumänischen Ministerpräsidenten Bratianu, ob Rumänien neutral bliebe, wenn es zu einem Kriege kommen sollte, „dessen Beginn vom Rußland ausgehe", wenn nämlich Serbien von Oesterreich-Ungarn „angerührt" würde. Die damals gegebene Zusicherung der Neutralität Rumäniens war diplomatisch schon früher vorbereitet worden. Es wurde gar nicht gefragt, ob dieses Anrühren berechtigt oder unberechtigt sein würde. Rumäniens Neutralitätszusicherung bedeutet die russische Vollendung auch der politischen Vorbereitung des Weltkrieges. Wegen voller Uebereinstimmung mit Poincare seit November 1912 für den Fall eines aus serbischem, gleichgültig welchem, Anlaß beginnenden russischen Krieges gegen die Zentralmächte brauchte darum jenes Angriffsprogramm in der Zeit zwischen dem 24. Juli, wo ein russischer Mi-

(Fortsetzung auf Seite 5)

„Graf Zeppelin" und die zweite Reise nach Amerika

Am Mittwoch, dem 15. Mai, sollte der Luftriese „Graf Zeppelin" in Friedrichshafen aufsteigen und drei Tage später sollte er Lakehurst in New Jersey, auf der anderen Seite des atlantischen Ozeans, erreichen. So war es geplant. Aber trotz allen Fortschritten in der Luftschiffahrt ist man heute noch nicht ganz so weit, daß man einen genauen Fahrplan aufstellen kann. Aufgestiegen ist der „Graf Zeppelin" erst am Donnerstag früh kurz vor 6 Uhr, gelandet ist er schon am Freitag abends — aber nicht in Lakehurst, sondern in Toulon, Frankreich.

Die Verzögerung in der Abfahrt kam daher, daß Frankreich es nicht verschmerzen kann, daß der „Graf Zeppelin" ein deutsches, und nicht ein französisches Luftzeug ist. Der „Zeppelin" konnte nicht ohne große Nachteile die Reise nach Amerika machen und dabei französisches Gebiet ganz umgehen, und für das Ueberfliegen des französischen Gebietes stellte die französische Regierung mehrere Bedingungen, und die Erlaubnis kam schließlich so spät, daß ein Tag verloren ging. Doch sie kam, und am Donnerstag morgens stieg

(Fortsetzung von Seite 4)

Fürchterliche Katastrophe in Cleveland, Ohio

123 Opfer der Gasvergiftung

Das erste und soweit einzige große Unglück, das von den für Röntgen-Apparate notwendigen Filmen herrührt, ereignete sich am Donnerstage des 15. Mai in dem vierstöckigen „Cleveland Clinic Hospital" in Cleveland, Ohio. Soweit die Untersuchungen bisher dartun, fanden im Keller des Gebäudes, der sich im Kellergeschosse des Gebäudes befand, mehrere Explosionen statt, die einen Teil desselben zerstörten und einen Brand verursachten. Die Feuertüre des Röntgen-Raumes muß entweder schadhaft gewesen oder durch die Explosion beschädigt worden sein, sonst wären die durch das Feuer ausgelösten giftigen Gase, die von den Filmen herrührten, nach außen abgeleitet worden. Wie es aber war, verbreiteten sich diese giftigen Gase mit großer Schnelligkeit durch alle Räume des Hospitals und sogar auf das Dach des gewaltigen Gebäudes. Viele von den Patienten, die sich anders nicht retten konnten, drangen durch die Fenster auf die Gesimse und wurden vielfach schwer verletzt; andere gelangten durch Feuerleitern ins Freie. 123 Personen jedoch, darunter nicht bloß Patienten, sondern auch Aerzte und Krankenpflegerinnen, wurden von den Giftgasen derart

(Fortsetzung auf Seite 4)